Bezugsgebühr: [illegible]

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.

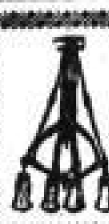
Annahme von Ankündigungen bis Nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 50 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bez. 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bez. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Der Detail-Verkauf der Damenhut-Fabrik
Altmarkt 6 **J. M. Korschatz,** Hoflieferant
bietet in geschmackvoller Ausführung ungarnirte und garnirte Hüte nach eigenen, sowie Pariser, Londoner und Wiener Modellen.

Gummischuhe
Sohlen u. Absatzplatten
la. Gummilösung. Obergummi für Grossisten und Reparateurs.
Wettinerstrasse 26 **Reinhardt Leupolt,** Gummi-Fabrik Dresden-Kemnitz.

Weihnachts-Ausstellung
Prager Strasse 26 **Adolf Näter**
Fabrik feiner Lederwaaren.



Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Tuchwaaren. Lager hochfeiner deutscher u. englischer eleganter Anzug-, Hosen- u. Paletotstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen. **Hermann Pörschel,** Scheffelstrasse 19.

Nr. 347.

Spiegel: Verabschiedung des Zolltarifs. Reform des Eisenbahnzonentarifs. Hofnachrichten, Stadtverordnetenwahl, Verminderung der Arbeitsnoth. Venezuela. Kirchenconcerte.

Muthmaßliche Witterung: **Gelinder, Schnee.**

Dienstag, 16. Dezember 1902.

Die Verabschiedung des Zolltarifs.

Die Würfel sind gefallen, der Rubikon ist überschritten! Gelungen ist der große Wurf, gerettet und gesichert das nationalwirthschaftliche Interesse, das angesichts des drohenden Sieges der Obstruktion so sehr auf des Messers Schneide stand, daß selbst Diejenigen, die nicht Alles erreicht haben, was sie zu erreichen hoffen konnten, heute nach der glücklichen Erledigung der Zollvorlage sich keiner Enttäuschung und Verstimmung hingeben und durch die Hervorhebung der Mängel des geschaffenen Werkes keinen Tropfen Wermuth in den Becher der aufrichtigen Freude und Genugthuung über die Erreichung des Zieles schütten dürfen. Insbesondere die Vertreter des Bundes der Landwirthe haben für die Forderungen der Landwirthschaft, die immerdar die festeste Säule unseres deutschen Vaterlandes bilden wird, das Menschenmögliche gethan und ihr bestes Können nach Pflicht und Gewissen eingesetzt. Wenn sie nun trotzdem sich in manchen Punkten bescheiden müssen, so mag ihnen das Bewußtsein, daß mit der endgiltigen Annahme des Zolltarifs eine große nationale That vollbracht worden ist, die auch so der Allgemeinheit unzweifelhaften Nutzen bringen und zumal die landwirthschaftlichen Interessen fördern wird, zum Troste gereichen. Die politische Wirkung der heroischen That der Reichstagsmehrheit geht weit über das rein wirthschaftliche Gebiet hinaus. Das Obsiegen der berechtigten wirthschaftlichen Interessen unseres produktiv arbeitenden Volkes stellt in diesem Falle zugleich ein Obsiegen des nationalen Gedankens überhaupt dar. Hieraus ist es zu erklären, daß die gesammte nationale und staatserhaltende öffentliche Meinung im Reiche wie von einem Alpdruck befreit aufathmet, nachdem ihr durch das mannhafte, entschlossene und zielbewußte Vorgehen der Mehrheit der überzeugende Beweis geliefert worden ist, daß unser deutsches Volk und seine Vertreter auch heute noch „feste um sich zu hauen" verstehen, wenn es gilt, unsere nationalen Errungenschaften, zu denen doch gewiß auch der Parlamentarismus mit in erster Reihe gehört, vor den zerstörenden Machenschaften eines blindwüthenden antinationalen Heerbannes zu schützen. Die noch in letzter Stunde so überraschend glatt und sicher erfolgte Verabschiedung der Zollvorlage bedeutet unzweifelhaft einen Markstein nicht blos in der Geschichte unserer parlamentarischen, sondern unserer innerpolitischen Entwickelung überhaupt und es erscheint daher angebracht, sich den Verlauf des sturm- und drangvollen Ringens in seinen einzelnen Stadien nochmals rückschauend zu vergegenwärtigen.

Im Juli 1901 erblickte die neue Zolltarifvorlage, bestehend aus dem Zolltarifgesetz, das Bestimmungen über Mindestzölle, Zollbefreiungen, Art der Verzollung, Vergeltungsmaßregeln u. ä. enthält, und dem Zolltarif, der blos die Zollsätze für die einzelnen Waarengruppen festsetzt, das Licht der Oeffentlichkeit und im Dezember desselben Jahres begann die erste Berathung im Reichstage, die bereits einen Vorgeschmack dessen gab, was in der Folge noch kommen sollte. Die Zwischenzeit war von der manchesterlichen Gegenseite, d. h. den zum Zwecke der Vereitelung der Zollvorlage verbündeten Freihändlern und Sozialdemokraten, die durch das „Dreigestirn" Dr. Barth, Singer und Bebel in ihren leitenden Spitzen verkörpert wurden, zur Organisation einer maßlos verhetzenden Bewegung gegen den Schutz der nationalen Arbeit ausgenützt worden. Das ganze Land hallte wider von dem lauten Lärmen der Agitatoren über „Brotwucher", „Volksberaubung" und wie die aufreizenden Schlagworte alle hießen, die man in tendenziöser Entstellung und Verdrehung der wahren Sachlage, unter absichtlicher Verschweigung des hervorragend sozialen Charakters, der gerade einer gemäßigten Schutzzollpolitik infolge der durch sie bewirkten Schaffung von vermehrter Arbeitsgelegenheit und Lohnsteigerung innewohnt, erfand und völlig skrupellos in die künstlich erregten Massen hineinschleuderte. Auf der anderen Seite machte sich in schutzzöllnerischen Kreisen unter den Vertretern der Landwirthschaft eine zunächst ziemlich starke Strömung geltend, die mit dem von der Regierungsvorlage Gebotenen nicht zufrieden war und deshalb den Entwurf mit sehr kritischen, vielfach sogar ausgesprochen unfreundlichen Augen betrachtete.

Unter solchen Zeichen begann die Kommissionsberathung, die zur Bewältigung der ersten Lesung des Zolltarifentwurfs mit seinen 946 Einzelpositionen fast volle 8 Monate brauchte. Schon bei dieser Gelegenheit machte sich verschiedentlich das Bestreben der Gegner geltend, den geordneten Fortgang der Berathungen durch obstruktionelles Gebahren zu stören; es waren hauptsächlich Dauerreden und zahllose Anträge auf Zollfreiheit oft des kindischsten Inhalts, mittels deren die Sozialdemokraten und Freisinnigen ihr Ziel zu erreichen suchten. Dank der Ausdauer der Kommissionsmehrheit kam man aber im August dieses Jahres schließlich doch mit der 1. Lesung des ganzen Zolltarifentwurfs in der Kommission zu Ende. Die weiteren Lesungen auch des Zolltarifgesetzes in der Kommission gingen dann ziemlich rasch von Statten und das sachliche Endergebniß war ein gesetzgeberisches Werk, das in mehrfachen wesentlichen Punkten von dem Regierungsentwurf abwich: die Mindestzölle für Getreide waren gegenüber dem Entwurf erhöht worden, ferner hatte man auch für Vieh und Fleisch Mindestzölle eingeführt und endlich dem Tarifgesetz noch Bestimmungen über die Aufhebung der kommunalen Lebensmittelzölle vom Jahre 1910 an, sowie über die Verwendung der Mehrerträge aus den Zöllen für eine Wittwen- und Waisenversicherung der Arbeiter eingefügt. Da die Regierung gegen alle diese Abänderungen ihrer Vorlage mehrmals ein entschiedenes Veto eingelegt hatte, so erschienen hiernach die Aussichten auf ein Zustandekommen des Entwurfs ziemlich unsicher.

Da erschien plötzlich, wie ein Gott aus der Maschine, der Retter auf dem Plan in Gestalt der Obstruktion. Bis zum Ende der 2. Lesung des Zolltarifgesetzes im Plenum nach der Wiedereröffnung des Reichstags im Oktober dieses Jahres hatten sich die Hoffnungen der patriotischen Kreise auf das Gelingen des zollpolitischen Werkes allseitig stark vermindert, da die 2. Lesung sich streng an die Kommissionsbeschlüsse hielt und der Reichskanzler Graf Bülow darauf mit einem abermaligen scharfen „Unannehmbar!" antwortete. Jetzt mit einem Male schwoll den Herren Singer und Genossen der Kamm, daß sie ihre Absichten offen aufdeckten und renommistisch erklärten, sie würden durch unausgesetzte namentliche Abstimmungen die weitere Berathung (es erübrigte damals neben der 3. Lesung des Zolltarifgesetzes noch die 2. und 3. Lesung des Zolltarifentwurfs) unmöglich machen. Da mit diesem Manöver auch sofort der praktische Anfang gemacht wurde, so bemächtigte sich der Mehrheit alsbald mit zwingender Gewalt die Erkenntniß, daß es thatsächlich unmöglich sein würde, angesichts einer solchen Taktik der Gegner die 946 Positionen des Tarifs noch zwei Mal im Plenum einzeln durchzuberathen. Das änderte mit einem Schlage die ganze Lage. Die bittere Noth schweißte die Mehrheit wieder zusammen, brachte alle Sonderbestrebungen zum Schweigen und zeitigte in rascher Folge die drei Anträge, die zur völligen Niederwerfung der Obstruktion führten und ihre Namensgeber in der parlamentarischen Geschichte dauernd berühmt gemacht haben: zunächst kam der Antrag Aichbichler auf Abkürzung der namentlichen Abstimmungen auf's Tapet, dann der Antrag Kardorff auf en bloc-Annahme des Zolltarifentwurfs nach den Kommissionsbeschlüssen und endlich der Antrag Gröber betreffs der diskretionären Handhabung der Präsidialgewalt bei Geschäftsordnungsdebatten. Das half. Die energische Anwendung der neuen Bestimmungen der Geschäftsordnung im Verein mit der en bloc-Annahme des Tarifentwurfs legte die terrorisirende und skandalirende Minderheit völlig lahm und verschaffte der nationalen Mehrheit in einem letzten wilden Ringen, in dem die sozialdemokratischen Wortführer zum Theil bis auf die äußersten Stufen der Selbstentwürdigung hinabstiegen, den endgiltigen Sieg.

Der Antrag Kardorff bedarf noch einer besonderen Würdigung, insofern die freihändlerische Linke mit Pathos die Anschuldigung des „Rechtsbruches" gegen ihn erhebt. Für einen solchen „Rechtsbruch" wird man im deutschen Volke freilich kein Verständniß haben, wenn man erfährt, um was es sich dabei handelt; es hat damit folgende Bewandtniß: Der § 1 des Zolltarifgesetzes, der zugleich die Mindestzölle festsetzt, verweist bezüglich der Zollsätze im Einzelnen ausdrücklich auf den „nachfolgenden Tarif", auf Grund dessen die Zölle bei der Einfuhr von Waaren in das Deutsche Reich erhoben werden sollen. Hiernach ist also der Zolltarif eigentlich gar keine gesonderte Vorlage, die gesondert berathen werden muß, sondern lediglich ein Bestandtheil des § 1 des Zolltarifgesetzes, mit dem zugleich er in 1., 2. und 3. Lesung streng genommen von Anfang an hätte erledigt werden müssen. Es sind rein praktische Gründe gewesen, die den Reichstag zuerst veranlaßt haben, die Berathung des Tarifentwurfs wegen seines kolossalen Umfanges von der Berathung des Zolltarifgesetzes abzutrennen. Der Antrag Kardorff hat demgegenüber weiter nichts gethan, als den Entwurf wieder in das Zolltarifgesetz hinübergenommen, und zwar in der Kommissionsfassung unter Herabsetzung von 7 industriellen Zöllen; gleichzeitig aber hat er durch die Annahme des ganzen Tarifs en bloc, in Bausch und Bogen, die nochmalige Durchberathung der 946 Einzelpositionen umgangen und dadurch der Obstruktion das Wasser abgegraben. Diese schreit laut „Rechtsbruch", weil ihr mit jenem praktischen Verfahren die Möglichkeit abgeschnitten worden ist, durch endlose Debatten das Zustandekommen des ganzen nationalen Werkes zu hintertreiben.

Was so erreicht worden ist, hat um so mehr Werth, je schwerer es errungen werden mußte. Das deutsche Volk weiß nun, daß es auf Grund des verabschiedeten Tarifs auf den Abschluß günstiger Handelsverträge rechnen darf, die, im Gegensatz zu den Caprivi'schen Tarifverträgen, die Interessen der deutschen nationalen Arbeit in allen wesentlichen Punkten wahren. Dafür gebührt der ungeschmälerte nationale Dank allen den Männern, die in aufreibender Arbeit an dem Gelingen des großen Werkes betheiligt gewesen sind, insbesondere dem Grafen Posadowsky als dem eigentlichen Schöpfer des neuen Tarifs und dem Grafen Ballestrem als dem zielbewußten, thatkräftigen und umsichtigen Leiter der Verhandlungen, der inmitten der tosenden Brandung fest stand wie ein Fels, an dem sich die ganze entfesselte Wuth der Sozialdemokratie und ihres weiblich-freisinnigen Anhanges ohnmächtig brach; Dank aber auch jedem einzelnen Abgeordneten, der in treuer Pflichterfüllung in diesen schweren Tagen aushielt. Nun gilt es noch, die politische Moral des jetzigen Sieges für unsere gesammte innere Weiterentwickelung nutzbar zu machen. Gerade in der praktischen Beherzigung der verallgemeinerten Nutzanwendung, daß in nationalen Fragen für die Vertheidiger des patriotischen Gedankens und des vaterländischen Interesses allemal ein Weg da ist, sofern nur der feste nationale Wille nicht fehlt, wird das Ergebniß des zollpolitischen Kampfes weit über den engeren wirthschaftlichen Rahmen hinaus seine dauernde Wirksamkeit entfalten, und hoffentlich noch manche schöne ordnungsparteiliche Frucht bei der Verwirklichung staatserhaltender Nothwendigkeiten gegenüber dem Treiben solcher Elemente, wie sie sich jetzt bei der Obstruktion im Reichstage in ihrer abschreckendsten Gestalt gezeigt haben, hervorbringen.

Neueste Drahtmeldungen vom 15. Dezember.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) **Reichstag.** Von Reichstagsmitgliedern, die dem Bunde der Landwirthe angehören, haben für den Kardorff'schen Antrag und für den nach diesem Antrage geänderten § 1 des Zolltarifgesetzes 49 gestimmt; dagegen haben nur 25 Mitglieder des Bundes der Landwirthe gestimmt, nämlich Bindewald, v. Blödau, v. Bonin, v. Dewitz, v. Gersdorff, Gräfe, Dr. Hahn, Hilgendorff, Freiherr v. Langen, Liebermann v. Sonnenberg, Lucke, Müller-Waldeck, v. Normann, Dr. Oertel, v. Oldenburg, v. Queis, Dr Rösicke-Kaiserslautern, Rother, Schrempf, v. Sperber, v. Treuenfels, Freiherr v. Wangenheim, v. Weitzel, Werner und Will. Wie von glaubwürdiger Seite mitgetheilt wird, werden diejenigen Bundesmitglieder, die für den Antrag Kardorff eingetreten sind, an ihrer Spitze der gesammte schlesische Großgrundbesitz, noch vor der Wiederaufnahme der Reichstagssitzungen ihre Scheidung vom Bunde vollziehen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die konservative Fraktion des Reichstags berieth heute ihre Stellung zum Bunde der Landwirthe; über das Ergebniß ist noch nichts bekannt. Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt: Es kann uns nichts daran liegen, als Vertreter unserer Sache laue Freunde in die Volksvertretung zu senden, die im entscheidenden Augenblick nicht fest seien. „Für oder wider!", das ist die Losung des nächsten Kampfes; besser ein kleines Häuflein fester Männer, die unter keinen Umständen ein Opfer ihrer Ueberzeugung bringen, als eine verhältnißmäßig große Schaar solcher, die im entscheidenden Augenblick nicht mehr zu haben sind. Uns ist unser nächster Kampfesweg klar vorgezeichnet. Der eine Kampf ist am Ende, der andere steht bevor. — Der preußische Landtag wird zum 13. Januar einberufen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die achtstündige Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Antrick in der letzten Reichstagssitzung war eigentlich ein Mißverständniß. Die Mehrheit wollte nach der Rede Kardorff's nur noch einen süddeutschen Volksparteiler zu Worte kommen lassen und dann die Debatte schließen. Der Präsident verwechselte aber den süddeutschen Abgeordneten Augst mit dem Abgeordneten Antrick. Die lange Rede Antrick's hatte zur Folge, daß sich die Mehrheit schließlich dahin entschied, die Angelegenheit noch in dieser letzten Sitzung zum Abschluß zu bringen. Die bereits für Montag gedruckten Tagesordnungen wurden dadurch hinfällig. — Zu dem Artikel Theodor Mommsen's in der „Nation" muß auch die „National-Zeitung" zugeben, daß der große Gelehrte darin in der Ausdrucksweise jedes Maß überschritten habe. — Dem Vernehmen nach hat die Familie Krupp an den Staatsanwalt das Ersuchen gerichtet, das Verfahren gegen den „Vorwärts" wegen Beleidigung des verstorbenen Chefs der Familie einzustellen. Für diesen Schritt ist in erster Linie maßgebend gewesen, daß Frau Krupp sehr leidend ist und den Aufregungen des Prozesses, dessen Dauer durch die umständlichen Vernehmungen in Italien gar nicht abzusehen sein wird, keineswegs gewachsen ist; hierzu kam die Erwägung, daß die Familie Krupp aus den imposanten Sympathiekundgebungen für den Verstorbenen die Ueberzeugung gewonnen hat, daß dessen Ehre beim deutschen Volke eines weiteren Schutzes nicht mehr bedarf. Die Staatsanwaltschaft wird dem Ersuchen der Familie Krupp voraussichtlich Folge leisten.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Bundesrath wird voraussichtlich schon am Donnerstag der Zollvorlage in der vom Reichstage beschlossenen Fassung die verfassungsmäßige Zustimmung geben.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zu dem Gerüchte, daß dem Reichskanzler Grafen Bülow eine Standeserhöhung (Erhebung in den Fürstenstand) zu Theil geworden sei, wird von unterrichteter Seite mitgetheilt, daß der Kaiser allerdings nach dem Erfolge des Reichskanzlers im Reichstage eine solche Auszeichnung für ihn beabsichtigt, jedoch auf Bitten des Grafen hiervon Abstand genommen habe. — Am gestrigen Todestage der Königin Elisabeth von Preußen, welche während eines Besuchs bei der Königin Amalie von Sachsen am 14. Dez. 1873 in Dresden starb, legte eine Abordnung von Offizieren des Königin Elisabeth-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 3 ein auf einem Palmenarrangement ruhendes Rosenbouquett auf dem Sarge der Königin nieder. — Zu dem Jagdbesuche des Kronprinzen und des Prinzen Eitel Friedrich in Oels in Schlesien wird gemeldet, daß die Ankunft der Prinzen morgen Nachmittag erfolgt. Auf dem Schloßhofe wird eine Arbeiterdeputation der Stadt Oels Aufstellung nehmen, um speziell dem Kronprinzen eine Huldigung darzubringen. Zum Führer der Abordnung ist der Dachdecker Geide ausersehen, der den Kronprinzen durch eine Ansprache begrüßen wird. Der Aufenthalt der Prinzen in Oels ist bis Sonnabend in Aussicht genommen. — Für den durch die bevorstehende Ernennung des Gesandten v. Müller zum Gesandten in Weimar freiwerdenden Posten des Generalkonsuls in Kairo ist der vortragende Rath im Auswärtigen Amte Rücker-Jenisch in Aussicht genommen. — Der Rechtsanwalt beim Reichsgericht Dr. Braubach in Leipzig erhielt den Charakter als Justizrath.

Bremerhaven. (Priv.-Tel.) Der Schiffsrheder Peter Rickmers, Hauptinhaber und Leiter der Bremer Firma Rickmers Reismühlen, Rhederei und Schiffsbau-Aktiengesellschaft, ist in der vergangenen Nacht gestorben.

Wilhelmshaven. (Priv.-Tel.) Der Kriegsgerichtsrath Zeitz ist aus Athen hierher zurückgekehrt. Der Mörder Kohler wird am 24. Dezember zur Aburtheilung hier eintreffen.

Wenn Sie gut und billig essen und trinken wollen, so versäumen Sie nicht, den **Hirsch am Rauchhaus**, Webergasse-Scheffelstrasse, zu besuchen.